

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstraße, 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispaltig, Zeitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-
heriger Gebühreneinbarung auf Postfach 2158 Berlin 11. 502. Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Abkündigungsfrei

Der Kampf muß fortgeführt werden.

Das Jahr 1931 hat uns eine weitere Verschlechterung der Konjunktur gebracht. Besonders schwer lastet diese Entwicklung auf der Arbeiterschaft, die am meisten unter der großen Arbeitslosigkeit und unter den dauernden Angriffen der Unternehmer auf die Arbeitslöhne leiden muß. Der Kapitalismus lehnt die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit, die durch seine verfehlten Wirtschaftsmaßnahmen noch verschärft wurde, ab und ist bestrebt, das Vorhandensein einer großen Reservearmee Arbeitsuchender zu seinem eigenen Vorteil auszunutzen. Die Reichsregierung unterstützt dieses Streben, indem sie mit Hilfe der Notverordnungen außerordentlich harte Sentenzen der Löhne und Gehälter durchgedrückt hat.

Durch dieses Eingreifen der Reichsregierung wird die Lage der Gewerkschaften, die in dieser Zeit wirtschaftlichen Niedergangs schon äußerst schwierig ist, immer verantwortungsvoller. In jahrzehntelanger angestrengter Arbeit ist es den Gewerkschaftsorganisationen gelungen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf ein erträgliches Maß zu bringen. Durch systematischen Ausbau des Tarifvertrags für alle Berufsgruppen waren wir imstande, auch die sozialen Verhältnisse im Betrieb zu heben. Selbst in Zeiten sinkender Konjunktur war es uns immer noch möglich, die Lohnraubgelüste der Unternehmer einzudämmen.

Nun ist ein namhafter Teil dieser Errungenschaften mit einem Federtritt beseitigt worden. Wohl ist es wiederholt den Bestrebungen unserer Organisationsvertreter gelungen, dem Lohnabbau durch einige Härten zu wehren, doch sind die Arbeitslöhne in diesen Fällen derartig heruntergedrückt worden, daß einem Teil der Arbeiter nicht einmal das Existenzminimum mehr garantiert ist. So kommt es denn, daß in Kollegenkreisen oft die Frage diskutiert wird, ob die Gewerkschaften noch über genügend innere Kraft verfügen, um gegen derartige Anstürme erfolgreich angehen zu können.

Die allgemeine Erbitterung der Kollegen darüber, daß das Unternehmertum jetzt seine ganze Macht auf den Lohnabbau konzentriert, ist verständlich. Zurückzuweisen sind jedoch alle Versuche, die freien Gewerkschaften dafür verantwortlich zu machen. Wir brauchen uns nur einmal die Situation vor Augen zu führen, und jeder unbefangene denkende Mensch wird ohne weiteres einsehen, daß die Organisation jederzeit bestrebt gewesen ist, für die Interessen aller Kollegen einzutreten. Wenn dies nicht immer restlos von Erfolg begleitet war, so ist die Arbeiterschaft zu einem guten Teil nicht ganz schuldlos an dieser Lage.

Am Schluß des Jahres 1930 hatte der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verband für 5425 Betriebe und 41 200 Beschäftigte Lohnsätze abgeschlossen. Der Mitgliederstand am Schluß desselben Jahres betrug einschließlich der Lehrlinge 28 321. Es waren demnach rund 13 000 Berufsangehörige unberechtigte Nutznießer des Tarifvertragswesens unseres Verbandes vorhanden, die dort ernten wollten, wo sie niemals auch nur das kleinste persönliche Opfer gebracht hatten. Solange es den Gewerkschaften möglich war, für bestimmte Lohngebiete in regelmäßigen Intervallen Verbesserungen zu erzielen, glaubte dieser Teil der Kollegen den Verband nicht nötig zu haben. Jetzt, wo es den Unternehmern mit Hilfe der Lohnverordnung und unter dem Druck

der allgemeinen Arbeitslosigkeit gelungen ist, eine stark fühlbare Senkung der Löhne durchzubringen, kommen gerade aus dem Kreise dieser Außensteiter die ärgsten Anwürfe gegen die Organisation und ihre Leitung.

Diese Kollegen sollten endlich einsehen, daß, soweit von einer Verschlebung gesprochen werden kann, sie allein die Schuldigen sind. Welche Initiative hätte der Verband entfalten können, wären diese unberechtigten Nutznießer der erzielten Erfolge sich bereits früher ihrer Pflicht bewußt geworden und in die Reihen ihrer organisierten Kollegen eingetreten. Die Macht der Gewerkschaften, das kann nicht oft genug eindringlich wiederholt werden, und ist jedem abseits Stehenden unaufhörlich ins Gehirn einzuhämmern, besteht nur in der organisatorischen Erfassung auch des letzten Mannes im Betriebe. Wer diesen gewerkschaftlichen Grundsatz mißachtet, hat kein Recht, die Macht der Gewerkschaften in Zweifel zu ziehen und abfällig zu kritisieren, und jeder organisierte Kollege hat die Pflicht, diese Deutler in die Schranken zu verweisen.

Die Nationalsozialisten wollen der Arbeiterschaft wieder die alte Einfachheit und Disziplin beibringen. Wie überall, so gehen sie auch hier mit einer raffinierten Doppeltzüngigkeit vor. So versuchen sie neuerdings die allgemeine Verbitterung über die Auswirkungen der vierten Notverordnung zu einem Sturmangriff auf die Betriebe auszunutzen. Im „Angriff“ verkündet der Hitler-Jünger Goebbels den Beginn einer großen Angriffswelle auf die Arbeitsstätten. Mit Millionen von Flugblättern will man die noch in Arbeit Stehenden überschütten, um unter der Waise als „Nationalsozialistische

Arbeiterpartei“ die wertaktiven Massen einzufangen und in die Gefolgschaft Hitlers einzureihen. Es gilt, williges Stimmvieh für die kommenden Wahlen zu gewinnen und den Unternehmern einen Abwehrstoß gegen die Bestrebungen der klassenbewußten freien Gewerkschaften aufzubauen.

Die Kollegen müssen überall da, wo die Apffel des Dritten Reichs an sie herantreten, fragen: Was veranlaßt die Industriellen und Banken dazu, riesige Summen für solches Theater auszugeben. Die Herren sind doch sonst so scharfe Rechner, die stets erst genau ausrechnen, welcher Profit aus irgendwie angelegten Kapitalien zu erwarten ist. Die Großindustriellen haben in der Vorkriegszeit die „Selben“ nur finanziert, um mit ihrer Hilfe die Arbeiterschaft niederzuhalten, und sie würden auch heute den „Braunen“ nicht einen Pfennig zahlen, wenn ihnen dafür nicht entsprechende Gegenleistungen zum Schaden der Arbeiterschaft garantiert werden.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es daher, diese Zersplitterungsversuche, sie mögen kommen, woher sie wollen, mit aller Energie zurückzuweisen und die Organisation mit allen Mitteln zu stärken. Nichts wirkt in dieser ersten Zeit schädlicher, als Uneinigkeit in den eigenen Reihen. Die Depression drückt hart auf alle Berufs Kollegen und auf die gesamte Arbeiterschaft, aber wir dürfen uns nicht unterliegen lassen. Sind wir einig, stehen alle Kollegen in ihrer Gewerkschaftsorganisation geschlossen, so kann eine Welt von Feinden gegen uns angehen, wir werden unüberwindbar bleiben und wir können getrost unseren Gegnern zusetzen:

Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!

Lohnverhandlungen nach der Notverordnung.

Ein kurzer Ueberblick auf die in allen Gauen ausgeübte Tätigkeit unserer Funktionäre zeigt, daß die Unternehmer überall Verhandlungen verlangt haben, um die Lohnsenkungen nach den Bestimmungen der Notverordnung vorzunehmen. Dabei zeigte es sich, daß manchen Unternehmern der dort vorgesehene Satz noch nicht einmal genügend war. So muß in der Treibriemenbranche des Freistaates Sachsen der Schlichter entscheiden, weil die Unternehmer den Lohnabbau vom 1. August 1931 nicht gelten lassen wollen und jetzt 15 Proz. Abbau fordern. Natürlich ist diese Forderung mit den Bestimmungen nicht in Einklang zu bringen. Höhere Forderungen stellte auch die Tapeziererinnung Leipzig, die vom Schlichter abgelehnt wurden. Ebenfalls schwierig waren die Verhandlungen in Berlin. Hier bestanden zwei Arbeitgeberorganisationen. Mit beiden ist der Lohn in gleicher Höhe abgeschlossen, und zwar vor dem 1. Juli 1931. Mit der Juningung ist außerdem am 11. Juli 1931 ein Akkordtarif für Kleber abgeschlossen und mit den Postermöbelfabrikanten am 10. November 1931 ein solcher für die Matratzenbetriebe. Während der Tariflohn unstrittig höchstens mit 10 Proz. Abzug in Frage kam, wurden 15 Proz. für den Akkordtarif verlangt. Der Schlichter entschied für 10 Proz.

Die Verhandlungen in der Lederwarenindustrie für den Bezirk Berlin-Brandenburg-Magdeburg fanden am 7. Januar im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Sonderrichters Dr. Dobbertin statt. Diese Verhandlung war notwendig, weil die Fabrikanten 15 Proz. beantragt hatten und sich darauf stützten, daß der letzte Lohnvertrag im April

1931 abgeschlossen und die Zeit des Abschlusses maßgebend sei. Da der im April abgeschlossene Vertrag ein Staffeltarvertrag war und im April 6 Pf. und ab 2. Juli 1 Pf. Abzug brachte, wurde von uns das Hauptgewicht auf die Wirksamkeit des zweiten Abzuges gelegt. Erschwerend kam allerdings hinzu, daß im April festgelegt war, die Akkorde nur einmal, und zwar um 6 1/2 Proz., herunterzusetzen, so daß diese im Gegensatz zum Tarifstundenlohn keine tarifliche Herabsetzung nach dem 1. Juli 1931 erfahren hätten. Der Schlichter bekannte sich zu unserer Auffassung. Der Tariflohn beträgt somit 93 Pf. statt 88 Pf., wie es die Fabrikanten beantragt hatten. Die weiteren Anträge der Fabrikanten, die Akkordbasis von 12 1/2 Proz. auf 10 Proz. herabzusetzen, wurden abgelehnt. Ebenfalls die Altersgrenze von 22 Jahre auf 23 Jahre festzusetzen. Beide Bestimmungen sind Bestandteile des noch laufenden Manteltarifes und wurden im Jahre 1928 verbessert.

Anträge auf Änderungen des Manteltarifes sind nur in der Lederwarenbranche gestellt worden. Aber auch nicht in allen Bezirken. In den Bezirken Ost- und Westfalen lagen sie in der Richtung der Anträge von Berlin. Hier wurden sie ebenfalls vom Schlichter abgelehnt. In Nürnberg allerdings lehnte der Schlichter die Akkordbasis auf 10 Proz. fest.

Im übrigen weisen wir noch einmal darauf hin, daß die Allgemeinerbindlichkeit aller auf Grund der Notverordnung zustande gekommenen Tarifverträge ohne die sonstigen Formalitäten auf Antrag einer Partei vom Reichsarbeitsministerium aus gesprochen wird. Anträge müssen bis

zum 15. Januar gestellt sein. Nur solche Verträge, die der Schlichter noch nach dem 8. Januar schließt, werden auch nach dem 15. Januar im verkürzten Verfahren allgemeinverbindlich. Der Antrag muß innerhalb einer Woche nach Festsetzung gestellt sein. Eine Rückwirkung der Arb. ist in diesen Fällen nicht garantiert. Wir empfehlen deshalb, im Bedarfsfälle die Allgemeinverbindlichkeit bis zum 15. Januar zu beantragen, besonders für Vereinarbeitungen, da diese, nach diesem Termin gestellt, im ordentlichen Verfahren, also streitend behandelt werden und die Arb. erst herauskommen würde, wenn der Tarif schon abgelaufen ist. A. B.

5 666 000 Arbeitslose Ende 1931.

In der zweiten Monatshälfte des Dezember 1931 hat sich die Arbeitslosigkeit für die Arbeitnehmer weiter verschlechtert. Nach der Statistik der Reichsanstalt hat die Zahl der Arbeitslosen um rund 316 000 auf etwa 5 666 000 zugenommen. Im Vorjahr wurde am Jahreschluss eine Arbeitstolenzahl von 4 384 000 erreicht. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 31. Dezember 1931 in der Arbeitslosenunterstützung rund 1 642 000, in der Krisenfürsorge rund 1 506 000. Von der Gesamtzunahme entfielen rund 154 000 auf die Arbeitslosenunterstützung, rund 60 000 auf die Krisenfürsorge. Der allgemeine Lohnabbau wird sich erst im neuen Jahre voll auswirken, und es ist daher mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß weitere Verschlechterungen des Beschäftigungsgrades eintreten werden.

Auswirkung der Lohnsenkung.

Die Zeitschrift „Luzus und Bedarf“ schreibt in einem „Berliner Brief“ den Verlauf des Berliner Weihnachtsgeschäfts für die Ledermwarenindustrie festgelegt wird, daß fast ausnahmslos Mindestlöhne im Vergleich zum Vorjahr ermittelt wurden. Erschreckend war die Abwanderung zu den billigsten Qualitäten, die ein deutliches Bild von der großen Not in Berlin gibt. Am besten schneite noch der Westen Berlins abgegrenzt zu haben, doch wird sehr geklagt, daß die scharfen Preisunterbindungen keine hohen Verdienste zuließen. Auch wird darüber Klage geführt, daß selbst in dieser „reichen“ Gegend Qualitätsware nur selten gefragt war, weil man auch da behandelener geworden sei. Fürchterlich geklagt wird dagegen in der ausgesprochenen Arbeitergegend. Es sind da zum Teil kaum glaublich niedrige Umläge erzielt worden. Insgesamt hätte hier der Umlag im Monat Dezember

weit unter der Hälfte des Vorjahres gelegen. Etwas besser war es im Norden der Stadt und in Neukölln, wo aber ausschließlich die billigste Ware ging. Voraus zu ersehen ist, daß die gegenreichen Konjunkturfördernden Heilwirkungen der allgemeinen Lohnsenkung im vollen Anmarsch sind.

Soll die 40-Stunden-Woche klanglos in der Verrentung verschwinden?

Angeichts der steigenden Arbeitslosigkeit haben die Gewerkschaften einmütig die Forderung nach geplanter Verkürzung der Arbeitszeit erhoben. Die Reichsregierung hat dann anfangs des Jahres 1931 eine Kommission von Sachverständigen einberufen und ihr die Aufgabe gestellt, Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auszuarbeiten. Die „Brauns-Kommission“ suchte alles zu vermeiden, was irgendwie geeignet war, den Unwillen der Unternehmer hervorzuheben. In der Arbeitszeitfrage wurde im Gutachten die generelle gezielte Arbeitszeitverkürzung und ein Verbot aller Überstunden abgelehnt als nicht vereinbar mit den wirtschaftlichen Erfordernissen. Andererseits vertrat die Brauns-Kommission die Überzeugung, „daß durch eine Herabsetzung der Arbeitszeit einer nicht unbedeutlichen Zahl von Arbeitslosen zu einer Arbeitsgelegenheit verholfen werden kann“. Zunächst sollte im Verwaltungsweg bei allen öffentlichen Betrieben die Arbeitszeit verkürzt werden; ebenso sollten die staatlichen Schlichtungsinstanzen allgemein auf eine Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit hinwirken. Weiter sollte die Reichsregierung gesetzlich ermächtigt werden, mit Zustimmung des Reichsrates und nach Benehmen mit den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Verordnungen die Höchstdauer der regelmäßigen werktäglichen Arbeit in den einzelnen Industrien bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen. Die Kommission konnte sich nicht dazu aufschwingen, einen Zwang zur Neueinstellung von Arbeitslosen vorzuschlagen; auch ein Verbot der Überstunden war nicht zu erzielen.

Was ist nun aus diesen doch so ängstlichen Vorschlägen der Brauns-Kommission geworden? Wohl haben im Herbst 1931 eine Reihe Verhandlungen zur Einführung der 40-Stunden-Woche stattgefunden. In einzelnen Gruppen ist eine Verständigung herbeigeführt worden. Die Reichsregierung hat sich in dieser Frage die größte Zurückhaltung aufertigt und von dem Recht der Durchführung der 40-Stunden-Woche für einzelne Industrien keinen Gebrauch gemacht. Dagegen ist sie dem Verlangen der Unternehmer nach dem Lohnabbau auf der ganzen Linie restlos nachgegeben. Nun hat der Herr Reichsarbeitsminister Segerwald noch ein

übriges getan und den Unternehmern die Sorge um die 40-Stunden-Woche abgenommen.

Wie der „Gewerkschaftliche Pressedienst“ meldet, hat der Reichsarbeitsminister in einem Schreiben an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wiederum zum Ausdruck gebracht, daß er vom Gesichtspunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus eine Verkürzung der Arbeitszeit überall da, wo sie technisch möglich und wirtschaftlich tragbar sei, nach wie vor für dringend erwünscht halte. Im Hinblick auf die arbeitsrechtlichen Vorschriften der Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 sei es jedoch ratsam, die Ermittlungen über eine zwangsmäßige Arbeitszeitverkürzung zunächst zurückzustellen. Wenn die Arbeiten für eine behördliche Arbeitszeitverkürzung wieder aufgenommen werden könnten, würde von den Auswirkungen der Rotverordnung, insbesondere hinsichtlich der Lohn- und Preisgestaltung, und von der weiteren Gestaltung des Arbeitsmarktes abhängen. Der Reichsarbeitsminister behält sich vor, mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu geeigneter erscheinender Zeit wieder in Verbindung zu treten.

Die Unternehmer erheben gegen die 40-Stunden-Woche den Einwand, sie zerstöre die Rentabilität der Betriebe. Dabei sieht sie, daß es möglich ist, die 40-Stunden-Woche so durchzuführen, daß sie allen Anforderungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens gerecht werden kann. Die Gewerkschaften haben die Forderung der 40-Stunden-Woche an die Stelle des Achtstundentages gesetzt. Sie werden die Hindernisse, die sich der Erfüllung dieser Aufgabe entgegenstellen, um so leichter und schneller überwinden, je mehr sich jeder einzelne der wirklichen Macht der Gewerkschaften bemußt wird.

Solidarität verboten!

Der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“ veröffentlicht in seiner Ausgabe vom 8. Januar 1931 eine Reihe von Leitfäden für die Betriebszellenarbeit und die Tätigkeit der nationalsozialistischen Betriebsräte. Artikel 8 dieser Leitfäden ordnet an:

„Entlassungen, die wegen Arbeitsmangels erfolgen, stimme grundsätzlich nicht zu. Ist jedoch der zur Entlassung Vorgelegene offener Befehls- und Vorkämpfer der Erfindungsgeist oder als Mitglied der Young-Partei tatsächlich bekannt, dann hat er seine Entlassung mitverschuldet, und daher stimme in solchen Fällen der Entlassung unter Abgabe einer entsprechenden Erklärung zu.“

Den Nationalsozialisten verbietet man durch Parteibefehl die Ausübung der Solidarität mit den übrigen Arbeitern in den Betrieben.

Das Pferdewerwert im Verkehr.

Für die fernere Existenz des Sattlergewerbes ist die weitere Entwicklung in der Verkehrsentwicklung von ausschlaggebender Bedeutung. Als das erste Auto auftauchte, gab es Stimmen, die bereits den Untergang des Pferdewerwertes voraussagten; inzwischen sind mehrere Jahrzehnte vergangen, und das Pferdewerwert lebt immer noch. Das Pferdewerwert wurde nicht durch den Kraftfahrzeugverkehr beseitigt, sondern es wird auch in Zukunft seine Stellung behaupten, freilich nicht mehr in dem Umfange wie früher. Hauptächlich in den Industriegebieten und im engeren Umkreis der großen Städte wie in den Großstädten selbst wird das Pferdewerwert eine seltene Erscheinung. Dagegen hält es sich auf dem flachen Lande noch in seiner früheren Stärke.

Das Kraftfahrzeug kann hier das Fuhrwert nicht verdrängen, es hat, wie die Ergebnisse zeigen, nicht einmal zu einem erheblichen Abbruch des Fuhrwertverkehrs geführt. Da jetzt durch die zwingende herabgesetzte Lebensführung des deutschen Volkes, das nach den Worten des Reichstanzlers arm sei und deshalb arm leben mußte, das Einkommen auch der bürgerlichen Mittelschichten wesentlich zusammengeschrumpft ist, wird das Kraftfahrzeug nicht mehr in dem Umfange gekauft wie früher. Hauptächlich auf dem Lande, wo auch dauerliche Kreise zum Erwerb eines Kraftwagens geschritten sind, wird das Fuhrwert bei der Zurückschraubung des Lebensstandards wieder mehr zur Geltung kommen. Schließlich stellt sich die Aussicht von Zugreifen nicht so teuer wie der Erwerb eines Kraftwagens, und auch die Unterhaltungskosten dürften nicht so hoch sein, zumal das Futter von den Gemarkungen selbst angebaut wird. Bei dem starken Ansehen von Fuhrwerk sind die Preise überhaupt gedrückt, so daß sich auch für den berufsmäßigen Pferdehalter die Kosten nicht so hoch stellen.

Die Reichsverkehrsabteilungen, die im Abstand von fünf Jahren, 1924/25 und 1928/29, durchgeführt wurden, zeigen starke Verschiebungen im Verkehr. Der Verkehr ist in der Zeit gewaltig gestiegen. So stieg im engeren Umkreis von Berlin der Verkehr an den Stichtagen von 5243 Fahrzeugen 1924/25

auf 12 655 Fahrzeuge 1928/29; die Zunahme beträgt 74,2 Prozent. Das Gewicht der vorüberkommenden Fahrzeuge stieg von 13 142 Tonnen auf 31 686 Tonnen, was einer Zunahme um 18 544 Tonnen entspricht. Die Gewichtszunahme beträgt 148 Prozent und die Verkehrszunahme 141,4 Prozent. Wenn auch berücksichtigt wird, daß in diesen fünf Jahren die Motorisierung des deutschen Verkehrs besonders sprunghaft vor sich gegangen und erst neuerdings zu einem gewissen Abbruch gelangt ist, so ist dieser gewaltige Aufschwung doch bemerkenswert.

Der engere Umkreis Berlins bildet hier keine Ausnahme. Die Ergebnisse zeigen, daß in der Provinz mit vorwiegend landwirtschaftlichem Charakter die Zunahme zwar nicht so stark, aber auch erheblich ist. Die Zahl der an der Zählstelle vorüberkommenden Fahrzeuge stieg hier von 8250 auf 6719, und das Gewicht nahm zu von 7442 auf 15 355 Tonnen. Die Gewichtszunahme befiert sich auf 106,3 Prozent.

Welche Stellung hat nun das Fuhrwert in dieser Verkehrszunahme? Die Ergebnisse zeigen, daß der Fuhrwertverkehr überall zurückgegangen ist. Doch ist der Rückgang im engeren Umkreis Berlins wesentlich stärker als in der Provinz. So sank die Zahl der vorüberkommenden Fuhrwerke im Umkreis von Berlin von 1709 auf 1088 und in der Provinz von 1189 auf 884. Der Rückgang beträgt im Umkreis von Berlin 36,5 Prozent und in der Provinz 25,6 Prozent. Ein Rückgang, der gegenüber der Zunahme des Gesamtverkehrs erheblich ins Gewicht fällt. Der Zahl nach gingen die Fuhrwerke um 711 und 305 zurück.

Dagegen hat der Kraftfahrzeugverkehr ganz bedeutend zugenommen. So stieg der Verkehr mit Kraftbussen und Personalkraftwagen im Umkreis von Berlin von 2508 auf 8870 und in der Provinz von 1642 auf 4601, in Prozenten um 185 und 192,4. Danach ist der Verkehr mit diesen Fahrzeugen in der Provinz um 12,4 Prozent stärker gestiegen als im engeren Umkreis von Berlin. Es ist berechtigt, daraus gewisse Rückschlüsse auf die Verkehrsentwicklung in dem zwischen den Zähltagen liegenden Zeitraum zu ziehen. Sicherlich hat der Kraftfahrzeugverkehr erst später in der Provinz die Umwälzung

im Verkehr geschaffen, die Stadt und der engere Umkreis der Städte ist darin vorausgegangen. Bemerkenswert ist auch die starke Zunahme des Kraftkraftwagenverkehrs. Die Zunahme beträgt in der Provinz 147 und im Umkreis von Berlin 207,8 Prozent. Hier fällt auf, daß die Zunahme des Kraftkraftwagenverkehrs in Industriegebieten wesentlich stärker ist als die Zunahme des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen überhaupt.

Die Stellung des Pferdewerwertes ist durch die Verkehrsentwicklung also stark erschüttert. Wir sehen den Rückgang des Fuhrwertverkehrs, während gleichzeitig der Kraftverkehr um mehr als das Doppelte zunimmt. Trotzdem wäre es falsch, den Untergang des Fuhrwertes zu prophezeien. Der Rückgang bedeutet noch keineswegs den Untergang, da die Voraussetzungen nicht gegeben sind. Allerdings ist der Bestand an Zugtieren in Deutschland in den letzten Jahren nicht unerheblich gesunken. Der Pferdebestand ging von 3,7 Millionen Stück im Jahre 1928 auf 2,5 Millionen Ende 1930 zurück, und die Zahl der Esel und Maultiere sank von 24 000 auf 18 700. Der Rückgang erstreckt sich hauptsächlich auf junge Tiere, während die älteren Zugtiere der Zahl nach zugenommen haben.

Die Umschichtung im Verkehr, hervorgerufen durch die starke Zunahme des Kraftfahrzeugverkehrs, wird das Pferdewerwert aus den Städten und aus den Industriegebieten allmählich abdrängen. Auch die Lastenbeförderung über die Landstrassen geht in steigendem Maße auf das Kraftfahrzeug über. Dagegen wird das Pferdewerwert auf dem Lande keine Stellung noch weiter behaupten, obgleich ihm auch hier im Laufe der Zeit durch das Kraftfahrzeug Abbruch getan werden wird. Die Aufgabe, die das Pferdewerwert in der Güter- und Personenbeförderung zu erfüllen hat, verschiebt sich nach der Seite hin, daß es nicht mehr im Fern-, sondern nur noch im Nahverkehr Verwendung findet. Im Zubringerdienst wird es auch künftig noch eine bedeutende Rolle spielen. Die Frage der Wirtschaftlichkeit kann dabei nicht übersehen werden. Allerdings wird sich der Vorteil, den das Pferdewerwert dem Kraftfahrzeug voraus hat, durch die mit dem Kraftfahrzeug verbundene schnellere Güter- und Personenbeförderung zugunsten des Pferdewerwertes ausweiten.



Die internationale Verbreitung der Arbeitslosen-Versicherung

IAB. Nebenstehendes Bild zeigt die Länder mit einer Zwangsversicherung gegen die Arbeitslosigkeit sowie diejenigen Länder, in denen eine freiwillige Versicherung zu diesem Zweck besteht. Desgleichen zeigt die Uebersicht die Zahl der Versicherten in den einzelnen Ländern im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Die Angaben sind dem vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen „Jahrbuch der internationalen Sozialpolitik 1930“ entnommen. Die Zahlen dürften sich inzwischen etwas verändert haben, da insbesondere in der Zwangsversicherung die Fortdauer der Krise in der Regel eine Verringerung der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer zur Folge hat. Die grundsätzliche Bedeutung des Umfangs der Versicherung wird davon nicht berührt. Die Uebersicht läßt klar erkennen, daß die Zwangsversicherung allein eine Gewähr gibt für die wirkliche Erfassung des Risikos der Arbeitslosigkeit aller Arbeitnehmer. Von 48 549 000 im Jahre 1930 gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen entfallen 45 639 000 auf die Zwangsversicherung in zehn Ländern gegenüber 2 910 000 freiwillig Versicherten in acht Ländern. In der Zahl von 45 639 000 der Zwangsversicherung unterstehenden Personen sind 10 Millionen Arbeitnehmer in Sowjetrußland enthalten. Die Sowjetbehörden haben aber seit dem 9. Oktober 1930 alle Leistungen der Arbeitslosenversicherung zunächst eingestellt.

Die Lage der Arbeiterbank.

Die Gegner der Gewerkschaften aller Schattierungen bemühen sich seit Monaten, nachdem sie gesehen haben, daß der unmittelbare Kampf gegen die Gewerkschaften den erwarteten vollen Erfolg nicht erbrachte, uns Abbruch zu tun, indem sie das Vertrauen in das Selbsttätigkeit unserer Bewegung, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., zu erschüttern suchen. Mit allen möglichen irdischen Mitteln versucht man Stimmung gegen die Bank zu machen. In einem Teil der Presse werden in geringen Zeitabständen Behauptungen über die Verhältnisse und den Stand unserer Arbeiterbank verbreitet, deren Charakter und Inhalt eine auffallend weitgehende Verwandtschaft aufweist, obwohl sich die Pressefront, der wir uns gegenüber haben, aus ebenso weitgehend verschiedenen Elementen zusammensetzt: Es gehören zu ihr Blätter vom Kaliber der Deutschen Bergwerks-Zeitung, aber auch Zeitungen, die die Vertretung von Arbeiterinteressen als ihre Aufgabe bezeichnen. Bis hier alles an dem gesunden Sinn der Gewerkschaftskollegen geteilt, denn ihnen steht zu klar nach der Beweis der Solidarität vor Augen, den das Institut in den Tagen der Bankentriebe im Juli 1931 weitbin sichtbar erbracht hat. Sie sind sich noch bewußt, daß die Arbeiterbank als eine seltene Ausnahme Instanz war, allen Anforderungen ihrer Einleger unbegrenzt zu entsprechen, daß sie nicht gezimmern war, zu den sonst in der Bankwelt allgemein angewandten Mitteln der Rationierung der Auszahlung zu greifen.

Wir hätten deshalb auch keine Veranlassung, uns eingehender mit der Arbeiterbank und ihrer Lage zu befassen, da wir ja eigentlich nur das, was in dem Bewußtsein jedes einzelnen unserer Mitglieder schon so feststeht, wiederholen könnten. Die Tatsache jedoch, daß sich neuerdings die Sozialistische Wochenzeitung der S.A.P. Deutschlands (Nr. 17 vom 23. Dezember) mit einem Artikel unter der Ueberschrift „Die Arbeiterbank gefährdet!“ jener oben gekennzeichneten Pressefront zugesellt hat, hat uns die Anregung gegeben, einige genauere Mitteilungen zu machen. Wenn die Wochenzeitung behauptet, daß der Leiter der Arbeiterbank, nachdem, den Standpunkt vertreten habe und vertritt, daß die Einlagen des Instituts nicht fest genug angelegt werden könnten, so stellt das Blatt den tatsächlichen Sachverhalt völlig auf den Kopf. Im Gegenteil hat die Direktion der Arbeiterbank immer das allergrößte Gewicht darauf gelegt, die dem Bankinstitut zur Verfügung stehenden Mittel so zu verwenden, daß eine möglichst große Liquidität gewährleistet war. Schon der Vergleich der wiederholten öffentlichen Darlegungen des Leiters der Arbeiterbank, nachdem, so in der Zeitschrift „Die Arbeit“ 1928, Heft 8, ist geeignet, die

Unrichtigkeit der Behauptungen darzutun. Gerade aber auch die schon eingangs erwähnte Tatsache, daß es der Arbeiterbank in den Krisentagen des Juli 1931 möglich war, allen Ansprüchen ihrer Einleger gerecht zu werden, beweist, daß die Leitung der Arbeiterbank den Grundgedanken der Liquidität nicht nur in der Theorie vertreten, sondern auch in der Praxis verwirklicht hat.

Uns liegt die seitens der Arbeiterbank der Reichsbank eingereichte Zwischenbilanz per 30. November 1931 vor. Daraus ergibt sich, daß der Gesamtvermögensbestand des Instituts an diesem Tage 139 333 000 Mk. betrug. Demgegenüber waren an flüssigen Mitteln vorhanden:

- rund 700 000 Mk. Kasse,
- rund 800 000 Mk. Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken, also vor allen Dingen bei der Reichsbank,
- rund 2 1/4 Millionen Mk. Wechsel und unverzinsliche Scheckanweisungen,
- rund 40 1/2 Millionen Mk. Guthaben bei Banken und Bankfirmen,
- rund 13 1/2 Millionen Mk. eigene Wertpapiere.

Die Betrachtung dieser Ziffern wird jedem auch nur einigermaßen Sachverständigen den schlagenden Beweis erbringen, daß hier mit einer Rückficht auf die Liquidität vorgegangen worden ist, wie sie in größerem Ausmaß wohl nirgendwo vorhanden sein dürfte.

Mit der Angabe insbesondere der letzt erwähnten Zahl ist auch schon die Legende vernichtet, die die Sozialistische Wochenzeitung aufzubringen versucht, indem sie behauptet, nachdem habe die Depositionsgelder vor allen Dingen in Pfandbriefen festgelegt. An eigenen Wertpapieren besitzt die Bank insgesamt knapp 9 Proz. ihrer Bilanzsumme, die rund 157 Millionen Mark beträgt; davon wieder — von jenen 9 Proz. — machen Pfandbriefe und sonstige festverzinsliche Wertpapiere etwa 1/2 bis 2/3, also im Höchstfalle 6 Proz. aus.

Alle Kombinationen des Blattes nach dieser Richtung hin lassen also in sich selbst zusammen. Auch die Behauptung der Beteiligung an einer ganzen Reihe von Unternehmungen ist ohne weiteres aus den Zahlen der erwähnten Zwischenbilanz zu widerlegen. Beteiligungen figurieren dort mit 4 1/4 Millionen Mark, also mit knapp 3 Proz. der Bilanzsumme.

Infolge ihres guten und in sich gestellten Standes hat es die Arbeiterbank im Gegensatz zu mancher anderen Bank auch in diesen krisenhaften Zeiten nicht nötig gehabt, irgendwelche Hilfe von anderen Instituten in Anspruch zu nehmen. Dies bezieht sich ebenso auf Institute des Reiches und der Länder wie auch auf private Institute. Insbesondere ist es völlig aus den Fingern gelogen, daß irgendeine Verbindung zwischen der Arbeiterbank und der

Garantie- und Akzeptbank bestände. Eine solche Verbindung besteht auch nicht seitens irgendeiner mit der Arbeiterbank in Beziehung stehenden anderen Stelle. Und ebenso wenig hat die Arbeiterbank irgendwelche besonderen Kredite oder Hilfsleistungen von der Reichsbank in Anspruch genommen.

Kann man somit ohne weiteres feststellen, daß die Gesamtsituation der Arbeiterbank durchaus solide und in sich vollkommen gefestigt ist, so ergibt sich daraus zugleich die Unförmigkeit der Behauptung, innerhalb des Aufsichtsrates der Arbeiterbank sei eine Diskussion über das Verschulden an der gegenwärtigen Situation des Instituts im Gange. Wir können ausdrücklich feststellen, daß der Aufsichtsrat keinerlei Veranlassung hatte, sich mit dieser oder ähnlichen Fragen irgendwie zu befassen und daß insbesondere der Kollege Oswald Schumann, dessen Stellungnahme in der Sozialistischen Wochenzeitung besonders erwähnt wird, im völligen Einklang mit den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern sowie der Direktion die Geschäftsposition der Arbeiterbank biligt und in der Beurteilung ihrer Lage mit den leitenden Organen der Bank restlos übereinstimmt.

Völlig den Tatsachen widersprechend sind auch die Ausführungen der Wochenzeitung über die Geschäftsbeziehung zwischen der Arbeiterbank und der Bankfirma Beit, Simon & Co. Ueber diese Verbindung und ihre Ausdehnung besteht und bestand innerhalb der gesamten Verwaltung, Aufsichtsrat und Direktion, niemals die leiseste Meinungsverschiedenheit. Im übrigen spielt diese Verbindung innerhalb des Gesamtrahmens der Arbeiterbank eine außerordentlich geringe Rolle, wie sich allein schon daraus ergibt, daß die Guthaben der Arbeiterbank bei diesem Bankhaus noch nicht 0,015 Proz. der Guthaben bei Banken überhaupt ausmacht.

Hält man sich alles das vor Augen, so wird man zu der Feststellung kommen müssen, daß die von der Wochenzeitung aufgestellten Behauptungen insgesamt wie in allen Einzelheiten jeglicher Begründung entbehren. Was man mit der Miene des Wissenden der Deffektivität übergab, erweist sich Stück um Stück als Lüge. Und welches immer die Motive gewesen sein mögen, die das Blatt leiteten, als es seinen Artikel über die Arbeiterbank veröffentlichte, — die Wirkung war die Gefährdung des Ansehens wie des materiellen Kredites des Geldinstituts der Arbeiterbewegung. Es fällt diesem Tatbestande gegenüber schwer, den Gedanken an einen böswilligen Versuch der Herabsetzung des Finanzinstituts der Gewerkschaften von sich zu weisen. Aber der Vorwurf eines äußerst leichtfertigen Umganges mit den Mitteln und der Verantwortung der Presse muß gegen die Wochenzeitung erhoben werden — und das in einem Falle, in dem schwerwiegende Interessen der deutschen Arbeiterbewegung in Frage kommen.

Die Wohnungsbautätigkeit in den ersten drei Vierteljahren 1931.

Im Jahre 1931 ist der Wohnungsbau sehr stark zurückgegangen. Es liegen jetzt die Ergebnisse von den Groß- und Mittelstädten vor. Da diese Zahlen immer die Zahlen für das gesamte Reichsgebiet beeinflussen, ist jetzt der ungeheure Rückgang der Wohnungsbautätigkeit auch schon aus der Statistik zu erkennen.

In den ersten drei Vierteljahren 1931 betrug die Zahl der Bauerlaubnisse für Wohnungen 50 778 (1930: 92 307), die Zahl der Baubeginne 43 699 (92 947) und die Zahl der Bauvollendungen 91 294 (120 193). Demnach wurden 1931 45 Proz. weniger Bauerlaubnisse erteilt, 53 Proz. Wohnungen wurden weniger begonnen und 24 Proz. Wohnungen weniger vollendet. Die 91 294 dem Wohnungsmarkt zugeführten Wohnungen enthalten 325 100 Wohnräume (1930: 120 193 Wohnungen mit 446 400 Wohnräumen).

Im Jahre 1931 wurden überwiegend kleine und kleine Wohnungen gebaut. Am häufigsten war der Typ mit drei Räumen, wobei die Küche immer als Wohnraum mitgezählt wurde. 44,6 Proz. aller Wohnungen waren dreiräumig, 31,1 Proz. waren vier-räumig, 10,1 Proz. Wohnungen hatten nur zwei Räume; der Rest von 14,2 Proz. bestand aus kleineren und größeren Wohnungen.

Im Jahre 1931 ist der Anteil der Bautätigkeit der gemeinnützigen Bauherren an der Gesamtbautätigkeit weiter gestiegen; von den 91 294 neuen Wohnungen bauten sie allein 82 Proz., die privaten Bauherren nur 8 Proz. und die öffentlichen Körperschaften nur 6 Proz.

Am meisten wurde in den ersten drei Vierteljahren in Berlin gebaut. Es wurden hier 25 900 Wohnungen fertiggestellt, auf 1000 Einwohner entfielen 5,9 Wohnungen (1930: 8). Verhältnismäßig am geringsten war der Zugang an Wohnungen unter den übrigen Großstädten in Oberhausen mit 1,5 und in Rating mit 1,6 auf 1000 Einwohner. Ende 1930 gab es in Deutschland 16,14 Millionen Wohnungen; hiervon waren 2 508 000 nach dem Kriege gebaute Neubwohnungen, das sind 15,5 Proz. des gesamten deutschen Wohnungsbestandes.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die auf Grund der Notverordnung bis jetzt stattfindenden Verhandlungen brachten für die nachfolgenden Bezirke bzw. Orte neue Lohnsätze in folgender Höhe.

Lederwarenbranche (1. Ordklasse): Bezirke: Berlin-Brandenburg-Pommern 93 Pf., Leipzig-Westfahlen 89 Pf., Stuttgart-Württemberg 81 Pf., Nürnberg-Bayern ohne Stadt München (2. Klasse) 77 Pf., Dresden-Ostfahlen 80 Pf., Erfurt-Thüringen 82 Pf., Baden (2. Klasse) 74 Pf., Breslau-Schlesien 72 Pf., Frankfurt-Ostdeutschland 72 Pf. **Orte:** Bielefeld 73 Pf., Mainz 76 Pf., Mülhausen 66,5 Pf.

Tapezierbranche: Bergisch-Land 92 Pf., Berlin-Innung 111 Pf., Berlin-Rohrmöbelfabrikanten 111 Pf., Bernburg 85 Pf., Bielefeld 85 Pf., Braunschweig 96 Pf., Bauen 83 Pf., Breslau-Innung 82 Pf., Dessau 85 Pf., Dresden 102 Pf., Duisburg 100 Pf., Elbing 80 Pf., Erfurt 94 Pf., Flensburg 83 Pf., Frankfurt a. M.-Innung 102 Pf., Frankfurt a. M.-Stapel 100 Pf., Götting 76,5 Pf., Göttingen 81 Pf., Hamburg 117 Pf., Halberstadt 87 Pf., Kassel 85 Pf., Kiel 89 Pf., Köln-Bonn 115 Pf., Landsberg 75,5 Pf., Leipzig 102 Pf., Siegnitz 78 Pf., Magdeburg 87 Pf., Neumünster 93 Pf., Nürnberg-Fürth 100 Pf., Regensburg 85 Pf., Schwerin 87 Pf., Stendal 77 Pf., Wiesbaden 96 Pf., Württemberg-Möbelbetriebe 96 Pf., Württemberg-Innung 97 Pf.

Treibriemenbranche: Aachen 80 Pf., ab 1. Februar 1932 76 Pf., Berlin 100 Pf., Gleiwitz 80 Pf., Hamburg 95 Pf., Köln-Dortmund 84 Pf., ab 1. März 1932 80 Pf., Kettenschdorf 76,5 Pf., Krefeld wie Aachen, Kreuznach 81 Pf., Magdeburg 87 Pf., München-Augsburg 88 Pf., Nürnberg-Stuttgart 87 Pf., Pinneberg 90 Pf.

Handwerksattler: Hamburg 94 Pf., Frankfurt a. M. 95 Pf., Magdeburg 85 Pf., Götting 71 Pf., Sachfen 96 Pf., Stendal 69 Pf.

Fahrzeugbranche: Hamburg 109 Pf., München 93 Pf., Freistaat Sachfen 97 Pf., Jöfen 100 Pf., Württemberg 74 Pf., Köln 72 Pf., Bielefeld 75 Pf., Rothenburg 66 Pf., Zeig 69 Pf.

Sonstige Branchen: Einoleumleger in Berlin 140 Pf., Zette und Pläne in Berlin 120 Pf.

Die deutschen Löhne

teilweise unter dem Existenzminimum.

Die Arbeiter und Angestellten der Industrie, des Handels und des Verkehrs müssen einen Rückgang des Arbeitseinkommens erdulden, der in der Geschichte ohne Beispiel dasteht. Noch niemals ist in der Geschichte der Krisen der letzten 5 Jahre das Arbeitseinkommen so stark wie gegenwärtig zurückgegangen. Durch die hohe Arbeitslosigkeit wird die Zahl der Einkommensbesitzer immer geringer. Das gewaltige Ausmaß der Kurzarbeit vermindert weiter das Arbeitseinkommen breiterer Schichten. Im Durchschnitt sind im Jahre 1931 etwa 1,5 Millionen Arbeitnehmer mehr als 1930 als Einkommensbezieher durch Arbeit ausgeschaltet worden. Das gesamte Arbeitseinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten war im dritten Vierteljahr 1931 um etwa 1 1/2 Milliarden geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im letzten Vierteljahrestück zur Konjunkturforschung lesen wir weiter hierüber: „Seht man für das vierte Vierteljahr den gleichen Fehlbetrag wie für das dritte Vierteljahr ein, so wäre das Arbeitseinkommen im ganzen Jahr 1931 um reichlich 6 Milliarden niedriger als im Vorjahr zu veranschlagen. Damit wäre das Arbeitseinkommen seit seinem Höhepunkt im Jahre 1929 um etwa 9 bis 10 Milliarden oder ein Fünftel bis ein Viertel zurückgegangen, nämlich von 43 Milliarden auf rund 33 bis 34 Milliarden Mark.“ Das Einkommen der Industriearbeiter, die am stärksten der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ausgelehrt sind, beträgt nur noch etwa 60 Proz. seines Umfangs im Jahre 1929.

Dazu treten noch die Lohnsenkungen, die die Notverordnung verfügt hat. Nach einer Berechnung des Konjunkturforschungsinstituts tritt eine Senkung der Tariflöhne bei den einzelnen Gewerben in den Grenzen zwischen 8,4 bis 15 Proz. ein. Der Tariflohn der Sacharbeiter im Brauergewerbe wird um 8,4 Proz., also den niedrigsten Satz, gesenkt, während die Lohnminderung in der chemischen Industrie, im Brauergewerbe und in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie 15 Proz. betragen wird. In den meisten Industriezweigen halten sich die Lohnsenkungen, die die Notverordnung erfordert, zwischen 10 und 14 Proz. Die gesamte Herabsetzung der Tariflöhne seit dem Höhepunkt der Löhne im Jahre 1930 bewegt sich Anfang Januar 1932 zwischen 16 und 21 Proz. Das ist lediglich der Rückgang der Tariflöhne. Dazu tritt der Abbau der über tariflichen Bezüge und die Einkommensverminderung, die durch Beschränkung der Arbeitszeit eingetreten ist. Im Durchschnitt kann man feststellen, daß der Lohn der Industriearbeiter um 25 bis 33 Proz. seit dem Höchststande 1929/30

geunken ist. Hinzu kommt weiter die Belastung durch neu eingeführte Steuern und die Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenunterstützung. Es fragt sich nun, in welchem Umfange die Verminderung des Einkommens und die Verlagerung der Kaufkraft durch die Senkung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände ausgeglichen worden ist. Das Konjunkturforschungsinstitut schreibt in dem Vierteljahrestück hierüber: „Wenn wir uns dabei an die amtliche Indexziffer der Lebenshaltungskosten halten, so zeigt sich, daß die Gesamtausgaben, für das dritte Vierteljahr gerechnet, seit 1929 bis jetzt (Mitte Dezember) um etwa 12 Proz. gesunken sind. Wenn man demgegenüber für eine ganz hohe Rechnung den Rückgang des Arbeitseinkommens, der in der gleichen Zeit eingetreten ist, mit 25 Proz. einrechnet, so zeigt sich bereits, daß die Preisentwertung den Einkommensverlust bei weitem nicht ausgeglichen hat, daß also dem Konsumgütermarkt von dieser Seite her außerordentlich empfindliche Kaufkraftausfälle entstanden sind. Auf einzelnen Märkten sind diese Ausfälle in Wirklichkeit wegen der umfangreichen Einkommensübertragungen, die in dem prozentualen Rückgang des Einkommens nicht zum Ausdruck kommen, noch viel größer.“

Das ist also die Verschlechterung der Lebenshaltung, wie sie sich Mitte Dezember zeigt. Nun kommt noch der große Lohnabzug an der Jahreswende hinzu. Wir befürchten, daß die angelegten Preis- und Mietsenkungen den erneuten Einkommensausfall nur zum Teil ausgleichen. Das bisher eingetretene Manko wird also nicht nur nicht ausgeglichen, sondern noch vergrößert. Neben den bedauerenswerten Opfern der Krise, den Arbeitslosen, werden zahlreiche Lohnempfänger das Existenzminimum nicht mehr erreichen. Wie ist es da mit der „schicksalhaften Verbundenheit von Preisen und Löhnen“, wie der Reichsanwalt es so schön formuliert hat.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftliche Ferienreisen 1932. Die Kulturabteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Leipzig, veranstaltet in Gemeinschaft mit den Ortsausschüssen Berlin und Chemnitz seit Jahren gewerkschaftliche Ferienreisen für Arbeiter, Angestellte und Beamte sowie deren Angehörige.

Trotz der schweren Zeit wird auch im Jahre 1932 diese Kulturarbeit nicht eingestellt. Viele Arbeitnehmer haben gerade jetzt den Wunsch, außerhalb des täglichen Lebensstresses Erholung und Anregung durch eine Reise zu finden.

Ein gut ausgestatteter Reiseprospekt wird gegen Einsendung von 40 Pf., die bei Teilnahme an einer Reise gutgeschrieben werden, von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstraße 6a, portofrei zugeschickt.

Rundschau

Silllegung der Waggonfabrik Werbau. Die bekanntlich seit einigen Jahren zum Konzern der Linke-Hofmann-Busch-Werke in Breslau gehörende Waggonfabrik Werbau in Sachfen hat mit dem Jahresende 42 Beamte und 100 Angestellte entlassen. Der Rest der schon vorher stark verminderten Belegschaft arbeitet nur noch die vorliegenden Aufträge auf. In den nächsten Monaten wird die Waggonfabrik endgültig stillgelegt. Das Werk hatte vor der Vereinstheiligung der Eisenbahnen für die lächliche Industrie eine große Bedeutung und beschäftigte bis zu 2000 Arbeitern. Noch in letzter Zeit bemühten sich städtische und staatliche Stellen für die Erhaltung des Wertes.

Bücherchau

Deutschland erwache! — Deutschland laufe! Unter diesem Motto legt der Ficht-Verlag eine 16-Pf.-Brochüre „Das Selbstbildnis Adolf Hitlers“ vor, in der die Aute der Autobiographie Hitlers, „Mein Kampf“ aufbereitet werden. Wenn man diese Ficht-Broschüren des Braunauer Heros liest, weiß man nicht, was da stärker wirkt: die unheimliche Komik der geschwollenen Tiraden oder die Bösartigkeit einer verantwortungslosen Demagogie, die sich in irrtümlichen Kriegshypothesen ergeht. Man spürt sich an den Kopf und fragt sich, wie es möglich ist, daß dem Fabrikanten derart profanen Zeug Millionen Menschen auf den Kopf zu kriegen können? Im Kampf gegen den Nationalsozialismus dürfte das Selbstbildnis Adolf Hitlers“ gute Dienste leisten, man sollte das Werk als Flugblatt breiten Kreisen zur Kenntnis bringen.

„Soziale Bauwirtschaft.“ Organisationspreis vierteljährlich 2 Mk., Preis für die Einzelnummer 0,50 Mk., für die Populärnummer 1,00 Mk. Herausgegeben vom Verband sozialer Baubetriebe, Berlin S. 14, Inselstr. 6, V.

Die „Soziale Bauwirtschaft“ dient der Förderung des sozialen Bauwesens und der Hebung der Beschäftigung in der Privatwirtschaft in der Gemeinwirtschaft. Berichte über die gesamte Wohnungsbauwirtschaft und andere einschlägige interessante Berichte und Notizen machen die „Soziale Bauwirtschaft“ zur wertvollsten Informationsquelle über den gesamten Wohnungsbau.

Das Januar-Heft der Monatszeitschrift „Die Bücherliste“ liegt jetzt vor. In diesem Heft kündigt die Bücherliste 3 Neuerscheinungen für das I. Quartal 1932 an, und zwar den Uebersichtswort „Schauabai“ von Wilmann, die „Proletariatskulturen“ von Martin Andersen Nexö und „Weiblich und Lieber“ das bedeutendste Buch von Dr. Max Schumann. Der Roman „Schönheit“ bestimmt Gesicht und Inhalt des vorliegenden Heftes, das einen interessanten Aufsatz von Wilmann über das chinesische Theater enthält, ferner eine Erzählung „Das Schicksal“ von G. Urdahl und neben Zeichnungen von Rubin, Krumpholtz und Ueber japanische Volksstücke von großer Eindeutigkeit. Die Mitglieder der Bücherliste Gutsenberg erhalten die Monatszeitschrift regelmäßig und kostenlos.

Verbandsnachrichten

(Befanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 11. Januar bis 17. Januar 1932 ist der 3. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Auf eine fünfundzwanzigjährige Mitgliedschaft in unserer Organisation können zurückblicken:

Bremen.

Name	Beruf	Eingetreten
Ulmer, Heinrich	Sattler	14. 1. 06
Saß, Johannes	Tapezierer	14. 7. 06
Hansenpflug, Heinrich	Tapezierer	1. 9. 06
Berke, Johannes	Tapezierer	1. 9. 06
Spartuhl, Heinrich	Tapezierer	1. 10. 06

Verammlungskalender

Berlin. Lederwarenbranche. Jahresversammlung am Dienstag, dem 19. Januar 1932, abends 7 Uhr, im Saal I des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Geldsächliches, 2. Jahresbericht, 3. Wahlen; a) der Branchenleitung, b) der Branchenkommission. 4. Verschiedenes, Vollzähligen Besuch erwartet. Die Branchenleitung.

Danzig. Die Generalversammlung findet am Mittwoch, dem 20. Januar, im Lokal Joppenstraße 51, statt. Tagesordnung: Jahresbericht des Vorsitzenden und des Kassierers, Wahl des Vorstandes, Verschiedenes. Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen. Der Vorstand. J. A.: H. Doering.

Dresden. Versammlungen im Januar 1932. **Tapezierbranche:** Dienstag, den 19. Januar, 19 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 6 und 7. **Fahrzeugbranche:** Mittwoch, den 20. Januar, 19 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 6 und 7. **Jugendabteilung:** Mittwoch, den 20. Januar, 19 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1. **Treibriemenbranche:** Donnerstag, den 21. Januar, 19 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 6 und 7. **Lederwarenbranche und Handwerksattler:** Freitag, den 22. Januar, 19 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9.

Jahreshauptversammlung aller Branchen: Dienstag, den 2. Februar, 18 1/2 Uhr, im Volkshaus, Neue Gasfabrik, Schützenplatz 16 ptr. Jahres-, Geschäfts- und Kassenbericht, Neuwahl der Ortsverwaltung, Verschiedenes.

Kolleginnen und Kollegen! Wahr! in dieser Notzeit eure wirtschaftlichen Interessen! Besucht die angelegten Versammlungen restlos!

Die Ortsverwaltung.

Gera. Unsere diesjährige Generalversammlung findet Freitag, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im Jugendheim De-Sauffstr., Hinterhaus, statt. Erscheint vollzählig. J. A.: Hans Seeliger.

Köln a. Rh. Dienstag, den 19. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Saal 2, Generalversammlung.

Stettin. Freitag, den 22. Januar, abends 7 Uhr, bei Karr, König-Albert-Str. 43, Generalversammlung. Abrechnung vom 4. Quartal 1931, Jahresbericht, Wahl der Verwaltungsmitglieder, sonstige Verbandsangelegenheiten.

Adressenänderungen

Krahow (Westb.). Kass.: Karl Wolf, Pauer Straße 55.

Mannheim. Vorf.: Robert Reidig, Herzogenriedstraße 147.

Zerbst (Anhalt). Kass.: Hermann Pizzo, Mühlenbrücke 55 I.

Sterbetafel

Nürnberg. Im Alter von 62 Jahren starb unser Mitglied, der Sattler Gustav Wolf.

Offenbach a. M. Am 22. Dezember 1931 starb unser Mitglied, der Sattler Peter Benzel, 33 Jahre alt.

Chreibrem Andenken!